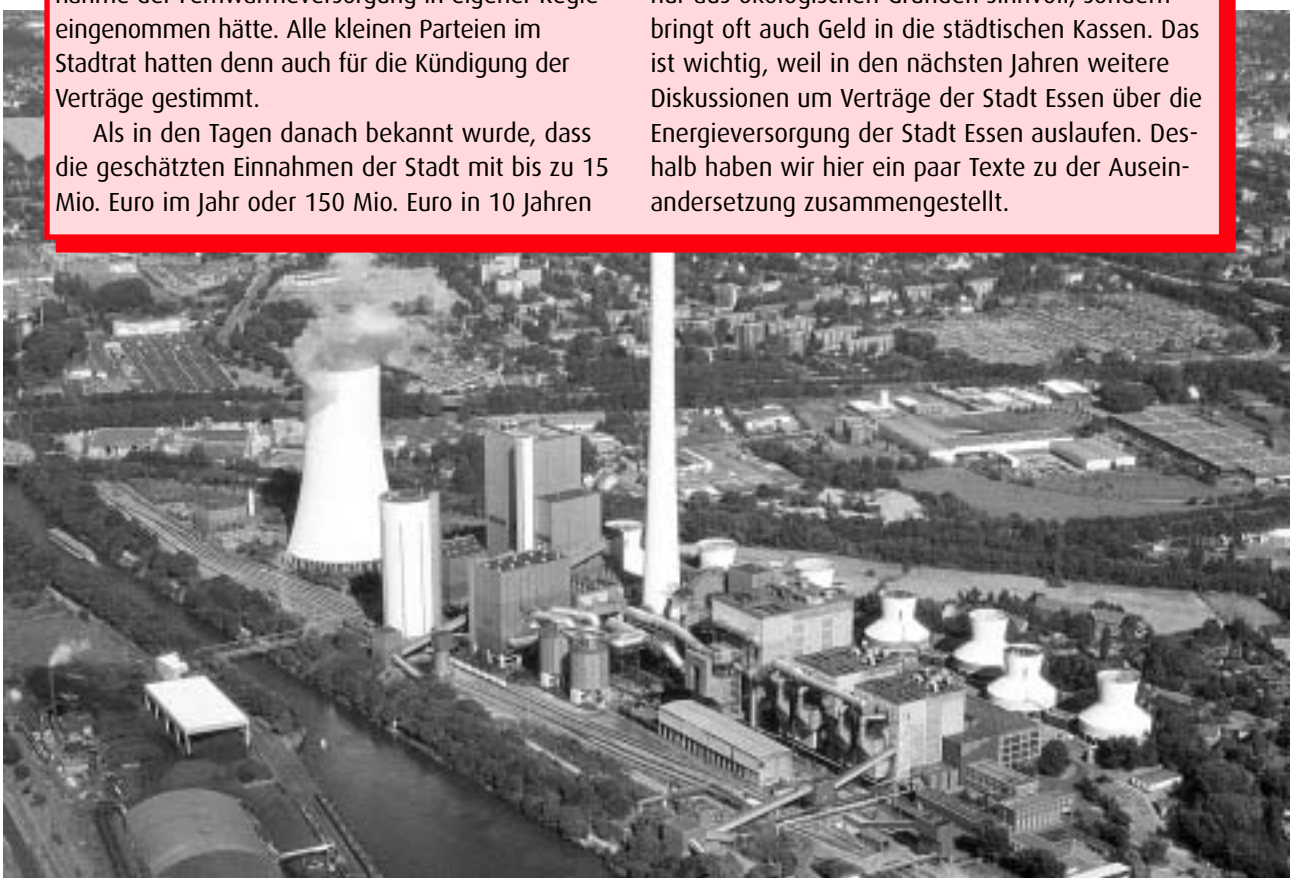
Am 20.6. 2006 hat der Essener Stadtrat eine weitreichende Entscheidung getroffen. Mit den Stimmen der beiden großen Fraktionen CDU und SPD lehnte er eine Kündigung der Verträge mit dem Energiekonzern STEAG zur Belieferung der Haushalte in Essen mit Fernwärme ab. Dadurch laufen die Verträge bis 2020 weiter. Und – wie sich in vollem Umfang erst hinterher herausstellte – der Stadt geht viel Geld verloren, das sie bei einer Übernahme der Fernwärmeversorgung in eigener Regie eingenommen hätte. Alle kleinen Parteien im Stadtrat hatten denn auch für die Kündigung der Verträge gestimmt.

Als in den Tagen danach bekannt wurde, dass die geschätzten Einnahmen der Stadt mit bis zu 15 Mio. Euro im Jahr oder 150 Mio. Euro in 10 Jahren erheblich höher lagen, als bisher von der Verwaltungsspitze angegeben, beantragte die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF eine Sondersitzung des Rates.

Die Sitzung am 29.6.2007 brachte zwar keine Änderung der Mehrheitsverhältnisse, aber der Skandal wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

Eine Lehre für die Zukunft sollte sein: Die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft ist nicht nur aus ökologischen Gründen sinnvoll, sondern bringt oft auch Geld in die städtischen Kassen. Das ist wichtig, weil in den nächsten Jahren weitere Diskussionen um Verträge der Stadt Essen über die Energieversorgung der Stadt Essen auslaufen. Deshalb haben wir hier ein paar Texte zu der Auseinandersetzung zusammengestellt.



STEAG-Deal zum Schaden der Stadt!

RWE-Verträge: Stadt Essen ist in der Pflicht

Wenn im Jahr 2014 die Stromwegeverträge mit dem RWE auslaufen, darf sich nicht wiederholen, was die Essener Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr mit der Nicht-Kündigung der Fernwärmeverträge mit der STEAG erleben mussten. Um zu verhindern, dass die Stadt Essen dann wieder auf mögliche Einnahmen in Millionenhöhe verzichtet, ist eine rechtzeitige und gründliche Untersuchung notwendig. Wie die Stadt Krefeld auch, könnte die Stadt Essen dann die Stromwegenetze in Eigenregie betreiben. In Krefeld sorgen die Einnahmen des städtischen Betriebs SWK Netze GmbH so für eine Verbesserung der Haushaltslage. Angesichts der desaströsen Haushaltslage braucht auch Essen Mehreinnahmen. Schließlich wird Oberbürgermeister Reiniger nicht müde zu betonen, wie wichtig ihm die Haushaltskonsolidierung ist. Teure Gutachten werden erstellt, um überall Kosten zu senken, bei Kindern und Jugendlichen, beim Sport, in den Schulen. So wird insbesondere zu Lasten der sozial Benachteiligten in dieser Stadt rigoros gespart.

Zu spüren bekamen diese Politik im letzten Jahr die Kinder von Hartz-IV-Beziehern, denen die Rats-

DIE LINKE. DKP Essen steht AUF!

Fraktion im Rat der Stadt Essen

mehrheit von CDU und Grünen die Übernahme der vom Land gestrichenen Zuschüsse für die Schulbücher verweigert hatte. Dabei ging es gerade einmal um knapp 300.000 Euro. Auch der berüchtigte Masterplan Sport sieht Kürzungen vor, die besonders die Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen treffen.

Ganz anders, wenn es um die Interessen der Essener Konzerne geht! Reiniger und die Fraktionen von CDU und SPD haben durch die Nicht-Kündigung der Fernwärmeverträge mit der STEAG (heute Evonik Fernwärme) Ende Juni 2007 auf mögliche Mehreinnahmen zwischen 8,6 und 15,7 Millionen Euro pro Jahr für die Stadt Essen verzichtet.

Fraktionen von CDU+SPD: Liebediener der RAG

Die beiden großen Fraktionen sind vor dem Druck der STEAG eingeknickt. Die jetzige Evonik-Fernwärme (vormals STEAG) ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen von Evonik (vormals RAG), der wiederum eng mit den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) in Verbindung steht. Alle drei Konzerne haben ihren Sitz in Essen. Da gibt es Seilschaften, Abhängigkeiten und andere enge Verbindungen zur örtlichen Politik. Da stellt sich die Frage, wer hier eigentlich das Sagen hat? CDU und SPD haben es mit zu verantworten, dass die enge Verzahnung der Energiekonzerne mit der Politik deren Geschäften dient und den Bürgern schadet.

Undank ist des Konzerns Lohn!

Obwohl die Evonik-Fernwärme sich auf Kosten der Stadt bis 2020 eine goldene Nase verdienen kann, bekommt die Stadtverwaltung jetzt den sprichwörtlichen Tritt in den Hintern. Der Konzern kennt keine Freundschaft, wenn es um das Geschäft geht. Die Evonik-Fernwärme will das Weltkulturerbe Zollverein mit Fernwärme versorgen und gleichzeitig die Stadtteile Stoppenberg und Katernberg an ihr Fernwärmenetz anbinden, damit sich die Investitionen noch mehr lohnen. Damit verlieren die Stadtwerke Essen dort Gaskunden. Sie hat mit juristischen Schritten gedroht, sollte die Stadt Essen den Anschluss nicht genehmigen.

Die angebliche Sorge von Oberbürgermeister Reiniger um die „strategischen Interessen" der Stadt als Konzernstandort, die er als Hauptgrund für die Verlängerung der Fernwärmeverträge anführte, hat sich damit nur wenige Monate nach der umstrittenen Entscheidung als Luftnummer erwiesen. Im Rahmenvertrag von 1981 ist die Möglichkeit für die STEAG, eine Schiedsgutachtenstelle bei Verweigerung neuer Gestattungsrechte anzurufen, ausdrücklich festgeschrieben. Es ist mehr als fahrlässig zu hoffen, sie würde zum Dank darauf verzichten!

Kungelrunden statt offener Diskussion und Entscheidung

Wegen dieser Drohung der STEAG lud der Oberbürgermeister im Oktober die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, Grünen und FDP zu einem informellen Treffen ein – die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF nicht. Diese Ausgrenzung ist kein Zufall. Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF hat den Fernwärme-Deal im Sommer am schärfsten kritisiert und sogar eine Sondersitzung des Rates durchgesetzt.

Die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF steht für eine Politik, sich nicht mit dem Argument der leeren Kassen abzufinden. Mehr Geld ist da, wenn auch die Einnahmeseite deutlich gestärkt wird. Sie sieht in der Ausgrenzung durch den Oberbürgermeister einen Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller demokratischen Kräfte. Einer internen Kungelrunde den Vorzug vor einer gleichen Information aller Fraktionen zu geben, zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF Oberbürgermeister Reiniger aufgefordert, den Grund der Nichteinladung zu erläutern und den Ältestenrat zu dem ganzen Vorgang einzuberufen.

Die Bezirksregierung hat bei der Fernwärme mit deutlichen Worten gerügt, dass die Verwaltung es versäumt hat, rechtzeitig vor Fristablauf Untersuchungen über die Fernwärmeversorgung und die Möglichkeiten einzuleiten, sie wieder in Eigenregie der Stadt zu übernehmen. Die Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben und rekommunalisiert werden, wo es sich anbietet: Das lohnt sich für die Bürgerinnen und Bürger – dafür steht die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF.

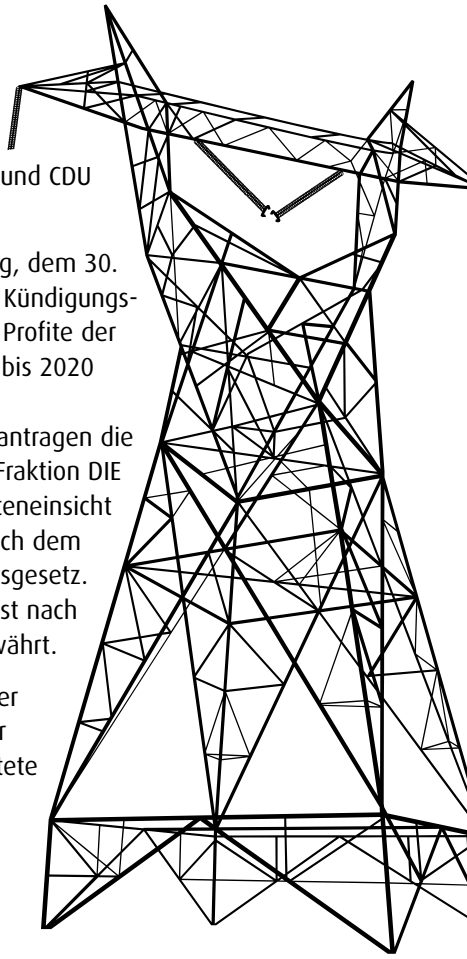
Gutachten: Mehreinnahmen bis zu 15,7 Mio. Euro jährlich möglich

Zwei gutachterliche Stellungnahmen aus Berlin von den Rechtsanwälten Gaßner & Coll. und von Dr. Nymoen von der SNPC wurden den Ratsmitgliedern nicht vorgelegt. In der Verwaltungsvorlage zur Ratssitzung am 20.6.2007 war nur vage von 5 Mio. Ertragspotenzial die Rede. Nur am Rande, bruchstückhaft und aus dem Zusammenhang gerissen wurde darauf hingewiesen, dass „seitens externer Fachleute“ das Ertragspotential „noch höher eingeschätzt“ wird, sollte die Stadt die Fernwärmeversorgung in Eigenregie übernehmen.

Dr. Nymoen stellt aber für diesen Fall eindeutig Mehreinnahmen von 8,6 bis 15,7 Mio. Euro jährlich in Aussicht und zusätzlich einen Spielraum für Tarifsenkungen. Gaßner & Coll. entwerfen sogar konkrete Vorschläge für die ersten Schritte nach der Kündigung. Die Stadt habe bei Kündigung der Verträge drei Jahre Zeit, andere Optionen zu prüfen: Eine Ausschreibung, um mit einem neuen Anbieter höhere Konzessionsabgaben zu erhalten, oder die Übernahme der Fernwärmeversorgung in eigene Hand. Die Gutachter schlagen auch aus ökologischen Gründen die Kündigung des Vertrages mit der STEAG vor, weil dann die Stadt eine umweltschonendere Neuordnung der Fernwärmeversorgung vornehmen könnte.

Beide Gutachten kommen fachlich unabhängig voneinander zu dem Ergebnis, dass die Fernwärmeverträge zu kündigen sind! Und das mit einer Eindeutigkeit, die Oberbürgermeister Reiniger vor dem Stadtrat vehement bestritten hat. Offensichtlich wollten er und die Fraktionen von CDU und SPD im Interesse der STEAG davon einfach nichts wissen.

Die Gewinnstory der STEAG



■ 1974/75 schließt die STEAG mit der Stadtverwaltung einen Vertrag über Fernwärmeversorgung.

■ Ab 1981 folgen mehr als 15 Gestattungsverträge für weitere Stadtteile. Die Verträge können bis zum 30.6.2007 mit Wirkung zum 1.7.2010 gekündigt werden, andernfalls verlängern sie sich automatisch bis 2020.

■ Im Frühjahr 2007 wirbt die STEAG bei den Essener Ratsfraktionen für ihren Antrag auf Erweiterung des Gestattungsgebietes auf Zollverein und die umliegenden Stadtgebiete. OB Reiniger tritt aus dem Beirat der STEAG aus.

■ Am 20. Juni 2007 behandelt der Rat der Stadt die Verlängerung bzw. Kündigung des Vertrages mit der STEAG. Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF beantragt die Kündigung. Mit den Stimmen der CDU und SPD beschließt der Rat gegen die Stimmen von Die Linke/DKP/AUF, Bündnis 90/Die Grünen, FDP/AE und EBB die Nichtkündigung. CDU und SPD hatten sich am Wochenende vorher mit OB Reiniger geeinigt.

■ Am 25. Juni 2007 enthüllt die NRZ-Lokalredaktion Essen, dass der Stadtverwaltung Gutachten vorliegen, dass bei Kündigung der Verträge jährliche Einnahmen bis zu 15,7 Mio. Euro erzielbar wären gegenüber 1 Mio. Euro Konzessionsabgaben aktuell. Die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF beantragt daraufhin eine Sondersitzung des Stadtrates, weil diesem diese Informationen am 20.6.2007 nicht vorlagen.

■ Am 29. Juni findet diese Sondersitzung des Rates statt. Der Antrag der Fraktion Die LINKE/DKP/AUF auf Kündigung der Verträge wird von den Fraktionen der SPD und CDU erneut abgelehnt.

■ Am folgenden Tag, dem 30. Juni, verstreicht die Kündigungsfrist ungenutzt. Die Profite der STEAG können jetzt bis 2020 weiter sprudeln.

■ Am 8. August beantragen die Ratsmitglieder der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF Akteneinsicht in die Gutachten nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Diese wird ihnen erst nach einer Mahnung gewährt.

■ Am 28. September bestärkt die von der Fraktion eingeschaltete Bezirksregierung Düsseldorf die LINKE/DKP/AUF in ihrer Kritik.

■ Im Oktober geht das Spiel in eine neue Runde. Die STEAG droht der Stadt mit dem Rechtsweg, sollte diese ihr verweigern, das Gestattungsgebiet auf Katernberg und Stoppenberg zu erweitern. Dazu findet ein informelles Treffen des Oberbürgermeisters mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD, FDP/AE und den Grünen statt. Die Fraktion Die LINKE/DKP/AUF protestiert beim Oberbürgermeister, weil sie als einzige Fraktion nicht eingeladen wurde, – und beantragt die Einberufung des Ältestenrates.

Düsseldorf kritisiert Oberbürgermeister

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat auf Bitte der Fraktion zur Überprüfung der Ratsentscheidung festgestellt, dass die Kündigung der Verträge angesichts der vorliegenden Gutachten „gerechtfertigt" gewesen wäre. Ferner stellt sie ausdrücklich fest, dass die von OB Reiniger angeführten „strategischen Interessen" der Stadt als Konzernstandort rechtlich nicht hinreichen, den Verzicht auf die Kündigung der Verträge mit der STEAG zu rechtfertigen. Mit aller Deutlichkeit zieht sie der Hauptargumentation des Oberbürgermeisters den Boden unter den Füßen weg. Die Gewinninteressen der hochprofitablen Essener Energiekonzerne dürfen nicht höher gestellt werden als die der verschuldeten Stadt. Zwar scheut die Bezirksregierung die Konsequenz einer rechtlichen Beanstandung des Beschlusses, weil ein Rechtsverstoß nicht „eindeutig und zweifelsfrei" festgestellt werden könne. Dazu hätte Reiniger und CDU/SPD eine „Pflicht zur Vertragskündigung" verletzen müssen. Die bestand rechtlich nicht – aber die Pflicht zum Wohle der Stadt zu handeln bestand! Sie wurde verletzt. Die Bezirksregierung lässt keinen Zweifel daran, dass sie es politisch angesichts der desolaten Haushaltslage der Stadt für unzulässig hält, auf zusätzliche Einnahmen zu verzichten.

„Rekommunalisierung" ist der Trend

Bundesweit und auch in NRW rekommunalisieren viele Gemeinden Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und machen Privatisierungen wieder rückgängig. So haben die Stadtwerke Krefeld Teile des RWE übernommen, die Kreise Rhein-Sieg und Rhein-Hunsrück wieder die Müllabfuhr, und die Gemeinschaftsstadtwerke Kamen/Bönen/Bergkamen betreiben die Fernwärmeversorgung in eigener Regie. In Essen wurde diese Möglichkeit verschenkt. Deshalb muss umso sorgfältiger geprüft werden, welche Möglichkeiten sich für die Stadt ergeben, wenn 2014 die Stromwegeverträge mit dem RWE auslaufen.

Wir lehnen es strikt ab, das Angebot der kommunalen Dienstleistungen auf Bereiche zu beschränken, in denen kein Geld verdient wird, und die profitablen Bereiche an Privatunternehmen mit ihrem Profitstreben abzutreten. Vielmehr sollen Rekommunalisierungen durchgeführt werden, weil sich so eine verbesserte Qualität der Leistungen und sinkende Kundenpreise verwirklichen lassen, sowie neue Einnahmequellen für die Kommunen. Das kommt den Bürgerinnen und Bürgern in zweifacher Hinsicht zugute. Erstens hat die Stadt mehr Geld für die kommunale Daseinsvorsorge. Zweitens werden die Abhängigkeiten von monopolartigen Ver- und Entsorgungsstrukturen ein Stück weit aufgebrochen. Das bedeutet auch berechenbare und bessere Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.

Impressum: Herausgeber: Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF
Severinstraße 1 · 45127 Essen · Tel.: 0201-17 54 33 11 · Fax 0201-17 54 33 18
Internet: www.dielinke-dkp-auf.de · e-mail: info@dielinke-dkp-auf.de

V.i.S.d.P.: Thorsten Jannoff